

mindestens zwei weitere Jahre für die Fertigung und Genehmigung eines neuen hochdichten Brennelements für den Forschungsreaktor München II (FRM II) der Technischen Universität (TU) München zu veranschlagen.

Im FRM II in Garching bei München werden mittels Kernspaltung teilchenphysikalische Prozesse untersucht. Dieser seit 1988 geplante und seit 1996 gebaute Reaktor ist als weltweit einziger neu erbauter Reaktor auf den Betrieb mit hochradioaktivem Spaltmaterial mit 93 Prozent Anreicherung (High Enriched Uranium – HEU) angelegt, das auch für den Bau von Atomwaffen verwendet werden kann. Deutschland hatte sich damit über international geäußerte Kritik im Hinblick auf die Gefahr einer Weiterverbreitung von Atomwaffen hinweggesetzt.

Der Erteilung einer Betriebsgenehmigung für FRM II war ein längeres politisches Tauziehen zwischen der TU München und der bayerischen Landesregierung auf der einen und der damaligen rot-grünen Bundesregierung auf der anderen Seite vorausgegangen. Im Ergebnis der Verhandlungen um die Betriebsgenehmigung hatte sich das Land Bayern im Jahr 2003 verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2010 auf den Betrieb mit einem auf 50 Prozent angereicherten Brennstoff (MEU) umzustellen und die TU München hatte eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um den neuen Brennstoff zu entwickeln.

Die Bundesregierung stellte jedoch im Jahr 2009 fest, daß der mit 50 Prozent Uran angereicherte Brennstoff frühestens 2016 einsatzfähig sei (Bundestagsdrucksache 16/12359). In der Folge wurde am 22. Oktober 2010 mit dem Land Bayern eine Vereinbarung zur Anpassung der Umrüstungsvereinbarung von 2003 unterzeichnet. ●

## Atompolitik in Österreich

# Volksbegehren zum EURATOM-Ausstieg vom 28. Februar bis 7. März 2011

Vom 28. Februar bis 7. März 2011 findet österreichweit ein Volksbegehren „RAUS aus EURATOM“ statt. Das Volksbegehren hat das Ziel, eine Volksabstimmung über den Ausstieg Österreichs aus der Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM zu erreichen und wurde von der Initiative „atomstopp atomkraftfrei leben!“ ([www.atomstopp.at](http://www.atomstopp.at)) initiiert.

Laut Umfragen wollen 78 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Atomgemeinschaft aufkündigen. Sie lehnen es ab, daß mit ihren Steuergeldern die europäische Atomwirtschaft gestützt wird.

Österreichs Umweltminister Berlakovich führt dagegen in Interviews an, daß der Ausstieg Österreichs aus dem Atomförderverein EURATOM kontraproduktiv wäre, weil Österreich dann seine Anti-Atom-Position in Brüssel nicht mehr einbringen könne. Läßt man jedoch das bisher „mitgeredetete“ der vergangenen 15 Jahre Mitgliedschaft Österreichs bei der EURATOM Revue passieren, sucht man vergeblich nach Hinweisen, wo österreichische Politikerinnen und Politiker in Brüssel Anti-Atompolitik gemacht oder die österreichische Ablehnung der Atomenergie in angemessener Weise eingebracht hätten, kritisieren Roland Egger und Gabriele Schweiger, die Bevollmächtigten des EURATOM-Volksbegehrens. Die Mitgliedschaft Österreichs bei EURATOM sei vielmehr gekennzeichnet durch eine Serie von veritablem Versagen.

So sei etwa dem österreichischen Ansatz nach einer aus-

schließlichen Verwendung der EURATOM-Mittel für die Sicherheit bestehender Atomanlagen sowie der Entsorgung radioaktiver Abfälle in keiner Weise Rechnung getragen worden. Im Gegenteil wurden EURATOM-Kredite unter österreichischer Beteiligung im Jahr 2004 zur Fertigstellung des rumänischen Atomkraftwerks Cernavoda genehmigt.

Die Finanzmittel aus dem EURATOM-Budget für die europäische Atomwirtschaft wurden in den Jahren der österreichischen Mitgliedschaft auch nicht etwa eingefroren oder verringert, wie man das erwarten würde, wenn Österreich eine konsequente Antiatom-Politik bei EURATOM machen würde, rügen Egger und Schweiger. Nein, die Finanzmittel für EURATOM seien – immer unter österreichischer Beteiligung – im Jahr 2006 im 7. EU-Rahmenforschungsprogramm sogar verdreifacht worden. Und im Sommer 2010 habe der österreichische Umweltminister auch nicht gezögert, seine Zustimmung für zusätzliche 1,4 Milliarden Euro für die Finanzierung des Kernfusionsreaktors ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) zu geben.

Die im Jahr 2009 beschlossene Richtlinie zur Sicherheit von Atomanlagen gewähre jedem Atomstaat maximale Freiheit, eigene Maßstäbe zu kreieren und sieht zudem kein Reglement bei Verstößen vor, kritisieren die Initiatoren des Volksbegehrens. Die EU-Kommission selber habe die Mitgliedstaaten aufgefordert, bei der Umsetzung der EU-Richtlinie in nationales Recht das Prinzip der Subsidiarität

weitestgehend auszunutzen. Anstatt das höchste gemeinsame Sicherheitsniveau für Atomanlagen einzufordern, gebe man sich mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner zufrieden – und die österreichischen Politikerinnen und Politiker hießen das gut.

Die im November 2010 von der EU-Kommission vorgelegte Richtlinien-Vorlage zur Endlagerung radioaktiver Abfälle stelle zudem eine weitere Verzögerung des drängenden Entsorgungsproblems dar. Jeder Atomstaat werde lediglich zum Vorlegen eines Entsorgungskonzepts innerhalb von vier Jahren aufgefordert. Die Trägergemeinschaft EURATOM entziehe sich so der Verantwortung für die durch sie forcierte Abfallanhäufung, einer dem Allgemeinwohl verpflichteten Regelung sei man damit noch keinen Schritt näher gekommen.

Anti-Atompolitik hat zudem innerhalb eines Atomfördervereins schlichtweg keinen Platz, erklären Egger und Schweiger. EURATOM sei gegründet worden, um die Voraussetzungen für den Aufbau einer mächtigen europäischen Atomindustrie zu schaffen. „Mitreden können“ bedeute daher, die Atomentscheidungen mit zu tragen. Die Österreicherinnen und Österreicher sind deshalb aufgerufen, ihr Votum in ihren Gemeinde- und Bezirksämtern abzugeben, nein zur Atomenergie zu sagen und das EURATOM-Volksbegehren zu unterschreiben. Zuvor hatten seit März 2007 schon die Landtage der österreichischen Bundesländer Burgenland, Vorarlberg, Oberösterreich und Salzburg für einen EURATOM-Ausstieg votiert.

EURATOM-Volksbegehren vom 28. Februar bis 7. März 2011, [www.euratom-volksbegehren.at](http://www.euratom-volksbegehren.at), Werbematerial (Plakate, Postkarten und Aufkleber) für das EURATOM-Volksbegehren kann unter [www.raus-aus-euratom.at](http://www.raus-aus-euratom.at) angefordert werden. ●